

# WAHLPRÜFSTEINE UND FRAGENKATALOG ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

## VORWORT

Als unabhängiger und größter Verband der Wirtschaftsakademiker Deutschlands bekennt sich der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) zu seiner Verantwortung, die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land aktiv und positiv mitzugestalten. Bürger und Verbände sind aufgefordert, sich in den politischen Diskurs einzubringen und für das Gemeinwohl zu engagieren.

Der bdvb ist unparteiisch, aber nicht unpolitisch. Als Verband der Ökonomen sieht er sich in der Ver-

pflichtung, seinen ökonomischen Sachverstand in den öffentlichen Debatten einzubringen. Auf der Basis der bdvb-Leitlinien zu den Bereichen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat er nachfolgende Wahlprüfsteine und Fragen zur Bundestagswahl 2017 formuliert.

Die Antworten werden den bdvb-Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und sollen somit einen Beitrag zur individuellen Wahlentscheidung bilden.

## I. WIRTSCHAFTSPOLITIK

### 1. STETIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND CHANCENGLEICHHEIT

Grundlage für die Erhaltung und Steigerung des Wohlstandes einer Volkswirtschaft ist stetiges Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum entsteht, wenn jeder seine Potentiale optimal nutzt. Eine Gesellschaft entwickelt sich insbesondere dann schöpferisch-dynamisch, wenn das Prinzip der Chancengleichheit eingehalten wird. Nur dann werden Werte wie Fleiß und Zuverlässigkeit bei jedem Mitglied der Gesellschaft in fairem Maße honoriert. Und nur dann entfalten sich Leistungsanreize zum Wohle aller. Konsequente Chancengleichheit ist die Grundlage für eine optimale Ressourcenallokation.

**Frage:** Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums und zur Schaffung einer konsequenten Chancengleichheit? Wie werden dabei auch ökologische Anforderungen (Energiewende) und die Herausforderungen der Digitalisierung berücksichtigt?

### 2. KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN – BÜROKRATIEABBAU

Kleinen und mittleren Unternehmen kommt als Rückgrat unserer Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Kaum eine andere Industrienation der Welt verfügt über einen solch ausgeprägten Mittelstand wie Deutschland.

Unnötige Bürokratie bremst die wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen. Bürokratie bremst Wachstum, weshalb Regulierung auf ein notwendiges Maß reduziert werden muss. Bürokratieabbau bedeutet aber auch, dass die staatlichen Verwaltungsebenen effizient arbeiten und Steuergelder sinnvoll einsetzen können.

**Frage:** Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur gleichberechtigten Vertretung der Belange von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der von Großunternehmen und welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Bürokratieabbau?

### 3. WETTBEWERB

Die soziale Marktwirtschaft ist seit Jahrzehnten das Erfolgsmodell für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Sie verbindet Freiheit mit Sicherheit, also dem Prinzip des freien Marktes und sozialem Ausgleich.

Wettbewerb ist unvereinbar mit offenen und verdeckten Monopolen. Subventionen haben in der Regel schädliche Folgen. Sie verzerren Preise und damit den Wettbewerb.

Aufgabe des Staates ist es, Märkte offen zu halten bzw. für den Wettbewerb zu öffnen. Ein marktwirtschaftlicher Ordnungsrahmen mit offenen Märkten und funktionierendem Wettbewerb ist eine wesentliche Voraussetzung und der beste Garant für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in einer Volkswirtschaft. Der Staat sollte in funktionierenden Märkten die wirtschaftliche Betätigung weitestgehend privaten Akteuren überlassen. Er sollte sich auf die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen beschränken, die der Markt nicht oder nur unzureichend bereitstellen kann.

**Frage:** Welche wettbewerbspolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verhinderung monopolartiger Ausprägungen? Sind Sie für eine Aufhebung der Ministererlaubnis bei Entscheidungen der Kartellbehörden? Wo plant Ihre Partei staatliche Eingriffe im Falle eines Marktversagens?

### 4. AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Großteil des Wohlstandes unserer Welt beruht auf internationaler Arbeitsteilung. Länderübergreifender Handel und globale Wertschöpfungsketten bieten große Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen kann für alle beteiligten Länder Wohlstandeffekte zur Folge haben. Ein wichtiger Schritt für einen funktionierenden Freihandel ist die Vereinheitlichung von Normen, Rechtsrahmen und Richtlinien.

Die Öffnung von Märkten gegenüber weniger entwickelten Ländern ist ein wirksames entwicklungspolitisches Instrument.

Bei allen außenwirtschaftspolitischen Fragestellungen darf das Primat der Politik vor Wirtschaftsinteressen bei Menschenrechtsangelegenheiten und bei Verstößen gegen das Völkerrecht nicht in Frage gestellt werden.

**Frage:** Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Schaffung eines global funktionierenden und fairen Freihandels und wie stellen Sie das Primat der Politik bei Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrecht sicher?

## II. FINANZPOLITIK

### STEUERPOLITIK

#### 1. REDUZIERUNG DER STEUERBELASTUNG UND NACHHALTIGE BESEITIGUNG DER KALTEN PROGRESSION

Steuereinnahmen stellen bei Weitem die größte Finanzierungsquelle des Staates dar. Nichtsdestotrotz muss eine Besteuerung stets mit Augenmaß erfolgen. Eine leistungsorientierte und gerechte Steuerpolitik sollte das Ziel staatlichen Handelns sein. Unverhältnismäßig hohe Progressionsstufen können eine hemmende Wirkung auf den Beschäftigungsgrad haben.

Elementarer Bestandteil einer gerechten Steuerpolitik ist die nachhaltige Beseitigung der kalten Progression, da diese für Arbeitnehmer eine zusätzliche Belastung darstellt sowie zu einer Schwächung der privaten Konsumausgaben führt. Eine Anpassung der Einkommensbesteuerung an die Inflationsentwicklung ist notwendig, um einen realen Kaufkraftverlust zu verhindern.

**Frage:** Welche Entlastungen der Steuerzahler plant Ihre Partei angesichts rekordhoher staatlicher Einnahmen? Sollte der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden? Welche Maßnahmen sind geplant, um die kalte Progression zu verhindern bzw. zu reduzieren?

## 2. VEREINFACHUNG DES STEUERRECHTS

Steuervereinfachungen für alle Einkunftsarten einhergehend mit einer strikten Reduzierung von Ausnahmetatbeständen im Steuerrecht tragen zu einer effizienteren Finanzverwaltung bei und führen gleichzeitig im Sinne des Bürokratieabbaus zu einer Entlastung von Unternehmen und Haushalten. Bei der Umsatzsteuer sollte der ermäßigte Mehrwertsteuersatz nur noch in Ausnahmefällen angewendet werden. Zur Steuervereinfachung zählt auch die konsequente Abwägung des Kosten- Nutzen-Verhältnisses der jeweiligen Steuerart bezüglich Steueraufkommen, Verwaltungsaufwand und ihrer intendierten Steuerungswirkung. Steht der Aufwand für die Steuererhebung (Bürokratie und Kosten) in keinem vernünftigen Verhältnis zu deren Ertrag bzw. Wirkung, sollte die jeweilige Steuer abgeschafft oder in andere bestehende Steuertatbestände integriert werden.

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Steuerrecht zu vereinfachen?

## STAATSFINANZEN UND STAATSVerschULDUNG

### 3. SOLIDE STAATSFINANZEN

Um nachhaltig ein hohes Maß an Wohlstand, Wachstum und gesellschaftlicher Stabilität zu gewährleisten, sind solide Staatsfinanzen eine bedeutende Voraussetzung. Bund, Ländern und Gemeinden obliegt die strikte Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

Diese kann ihre Wirkung nur dann vollumfänglich entfalten, wenn keine Auslagerungen von Verbindlichkeiten in „Schattenhaushalte“ oder Umverteilungen zu Lasten künftiger Generationen und parafiskalischer Systeme (insbesondere den Sozialversicherungen) erfolgen.

Vor allem in Zeiten starken Wirtschaftswachstums mit steigenden Staatseinnahmen sollten diese vorrangig zum Schuldenabbau genutzt werden, um in konjunkturellen Abschwüngen über ausreichend finanziellen Spielraum für staatliche Investitionen zu verfügen.

**Frage:** Ist Ihre Partei der Schuldenbremse und dem Vorrang des Schuldenabbaus verpflichtet? Wie sind solide Finanzen für Bund, Länder und Sozialversicherung nachhaltig zu sichern?

## KAPITALMÄRKTE UND BANKEN

### 4. BESSERE FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR UNTERNEHMEN UND WENIGER REGULIERUNG

In Deutschland sind bisher viele Unternehmen überwiegend von der Bankenfinanzierung abhängig und leiden unter stärkerer Regulierung infolge der im Jahr 2007 beginnenden Bankenkrise. Zur Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen soll der Zugang zu den Kapitalmärkten, insbesondere den Aktien- und Anleihenmärkten, vereinfacht werden. Gleiches gilt für die Finanzierung von Firmengründungen (Start-ups). Für Risikokapitalgeber (Venture-Capital-Gesellschaften) sollten unter dem Aspekt der Innovationsförderung Anreize geschaffen werden, langfristig in solche Firmen zu investieren.

**Frage:** Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen im Inland und bei Auslandsaktivitäten (z.B. über Exportgarantien)? Wie kann eine zielgenauere Regulierung sichergestellt werden?

### III. SOZIALPOLITIK

Die zentrale Herausforderung aller sozialpolitischen Bereiche stellt der demografische Wandel dar. Das deutsche Sozialversicherungssystem soll sich insbesondere auf die Abdeckung existenzieller Risiken konzentrieren – Bagatellrisiken sind nachrangig zu berücksichtigen.

#### 1. KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

Als Folge des demografischen Wandels und des stetigen medizinischen Fortschritts müssen – zur Sicherstellung einer soliden GKV-Finanzierung – zwangsläufig entweder die GKV-Leistungen angepasst bzw. vermehrt Selbstbeteiligungen eingeführt werden oder die Beiträge mittelfristig steigen.

Die Politik und die Selbstverwaltungen sind aufgefordert, eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherzustellen.

**Frage:** In welcher Form möchte ihre Partei mit den stetig steigenden Kosten im Gesundheits- und Pflegewesen umgehen und welche Position vertreten sie hinsichtlich der paritätischen Finanzierung der GKV? Welche Schritte sollen zur Lösung des Fachkräftemangels ergriffen werden?

#### 2. RENTENVERSICHERUNG

Die Gesetzliche Rentenversicherung muss der Generationengerechtigkeit verpflichtet sein. Insbesondere der gestiegenen Lebenserwartung ist Rechnung zu tragen; Ausnahmeregelungen sind zu vermeiden.

Die private und betriebliche Altersvorsorge ist zu fördern.

Notwendig ist die Einführung einer teilweisen Kapitaldeckung öffentlicher Pensionen. Künftige Defizite sind bei der Schuldenbremse zu berücksichtigen.

**Frage:** Wie steht Ihre Partei zum Konzept der „Leistungsrente“ bzw. „Solidarrente“? Mit welchen Maßnahmen plant Ihre Partei dem sinkenden Rentenniveau zu begegnen bzw. wie soll die private und betriebliche Altersvorsorge zu einer Stabilisierung des Rentenniveaus beitragen?

#### 3. ARBEITSMARKT-/EINWANDERUNGSPOLITIK

Deutschland muss um hochqualifizierte Zuwanderer werben und gezielt Menschen anwerben, deren Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt benötigt werden.

Der Integrationsprozess der Zuwanderer ist zu fördern und einzufordern. Die berufliche Chancengleichheit für Männer und Frauen muss selbstverständlich sein, deren Umsetzung ist gleichermaßen Auftrag an Staat und gesellschaftliche Akteure (insbesondere Arbeitgeber). Das Angebot von Ausbildungs-, Studien- und Fortbildungsplätzen soll sich an den gesellschaftlichen sowie den arbeitsmarktbezogenen Bedürfnissen orientieren.

**Frage:** Wie möchte ihre Partei die Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern erfolgreich realisieren und welche weiteren Schritte sind geplant um die Einwanderung bzw. Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland zu steuern?

#### 4. BILDUNGS- UND FAMILIENPOLITIK

Der relative Anteil der Bildungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt ist zu erhöhen. Alle Bürger müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die gleichen Chancen erhalten. Frühkindliche Förderung ist in Qualität und Quantität auszubauen. Inklusion sollte in unserer Gesellschaft selbstverständlich sein.

Eine familienorientierte Steuerpolitik muss den Fokus auf die Förderung von Haushalten mit Kindern legen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zu fördern.

**Frage:** Welche Maßnahmen sollen im Bereich der Familien- und Bildungspolitik ergriffen werden, um die gleichen Aufstiegschancen für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu erreichen und zu gewährleisten? Wie soll die Finanzierung der Maßnahmen sichergestellt werden? Sieht Ihre Partei Veränderungen in den Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder vor?

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)

Florastraße 29

D-40217 Düsseldorf

Tel. +49 211 371022

Fax +49 211 379468

E-Mail: [info@bdvb.de](mailto:info@bdvb.de)

Internet: [www.bdvv.de](http://www.bdvv.de)

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Dipl.-Ök. Peter Herrmann (Präsident)

Dipl.-Kff. Nadine Lorenz (Vizepräsidentin)

Dipl.-Phil. Ralf Neuhaus (Vizepräsident)

Dipl.-Betriebsw. (BA) Bodo Wißkirchen (Vizepräsident)

Dr. Reinhard Liedl (Schatzmeister)

Vereinsregister-Nr. 46 Nz, Amtsgericht Charlottenburg